

# Die chinesische Internet-Mauer

Eine Welt ohne Google, Facebook oder YouTube. Nirgendwo schlägt die Onlinezensur dermaßen stark zu wie im Reich der Mitte. Wie chinesische Behörden das Internet beschneiden. Und wie man dennoch frei surfen kann.

RALF HILLEBRAND

**PEKING.** Endlich im Hotelzimmer. Nach 7500 Flugkilometern sehnt man sich nach einer heißen Dusche und einem kurzen Update, was sich den in vergangenen 13 Stunden auf der Welt getan hat. Das Smartphone wird mit dem Hotel-WLAN verbunden. Alles scheint problemlos zu funktionieren. Doch die Startseite, google.at, lässt sich nicht aufrufen. Kein Problem: Man kann ja nach Google googeln. Doch das Ergebnis ist dasselbe: „Das Netzwerk ist

Ralf Hillebrand berichtet für die SN aus China

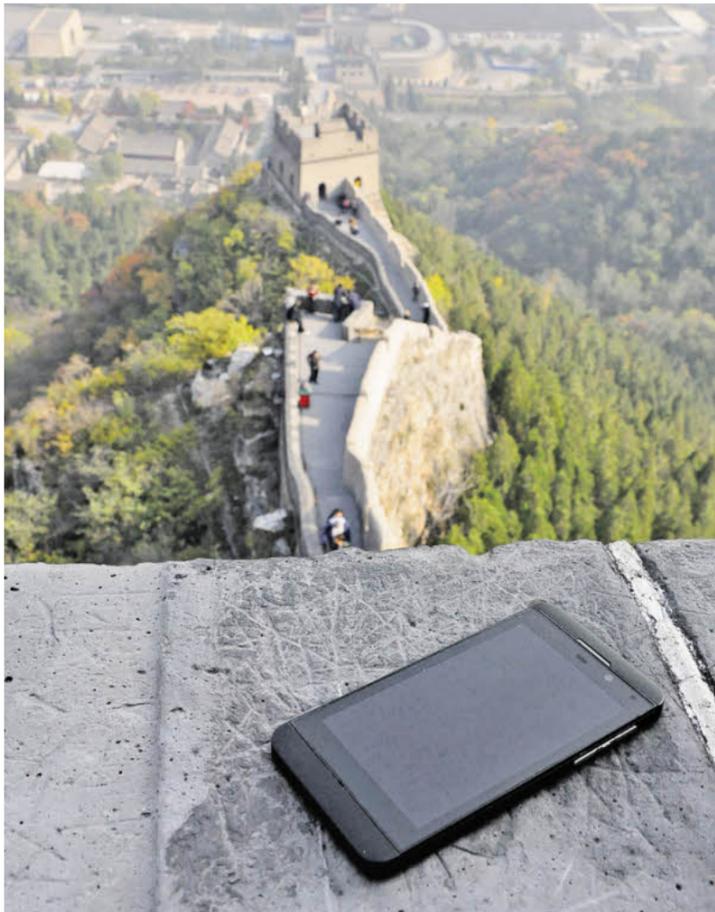


nicht verfügbar. Versuchen Sie es später erneut.“ Also probiert man es auf Facebook. Vergebens. Auch Twitter und Instagram lassen sich nicht aufrufen. Was ist da los? Spinnt das Hotel-WLAN? Erst jetzt realisiert der von Jetlag geplagte Kopf: Die Erklärung ist simpel. Man ist in China. Jenem Land, das nicht nur durch die Große Mauer vor Feinden geschützt werden soll.

Anfang der 90er-Jahre startete die chinesische Zentralregierung die „Goldenen Projekte“. Diese sollten zum einen die Informationstechnik mit der Wirtschaft verschranken. Zum anderen sollten Chinas Bürger vor einer besonders heimtückischen Eigenschaft des Internets bewahrt werden: der freien Meinungsäußerung. Also wurden der „Goldene Schild“ und die „Great Firewall of China“ aufgezogen. Was

sich das chinesische Sicherheitsministerium für seine Bürger genau hat einfallen lassen, ist bis heute nicht bekannt. Belegt ist lediglich, dass neben Facebook, Twitter und Google ebenso die Auftritte der „New York Times“ sowie der Nachrichtenagentur Bloomberg gesperrt sind. Doch die Sperren erscheinen eher willkürlich: Während die eine Facebook-Tochter, Instagram, gesperrt ist, funktioniert der andere Zögling, WhatsApp, problemlos. Auch die Suchfunktion des Google-Konkurrenten Yahoo ist nutzbar. Dafür gibt es aber immerhin einen Erklärungsansatz: Yahoo hat sich laut US-Medien dazu bereit erklärt, die Suchergebnisse im Sinne der chinesischen Regierung zu filtern. Wer etwa nach „Menschenrechten“ oder „Demokratie“ sucht, bekommt nur regierungskonforme Treffer. Und Yahoo geht noch einen Schritt weiter: Im Fall eines inhaftierten Journalisten hat Yahoo die zur Verurteilung nötigen Informationen den Behörden weitergegeben. Solche Fälle sind laut Menschenrechtsorganisationen auch wesentlich schwerwiegender als der Bann von Google oder Facebook. Laut Freedom House, einer der populärsten Demokratiebewegungen, wird die Internetfreiheit in keinem Land so stark unterdrückt wie in China.

Doch selbst das restriktive China scheint sich langsam zu bewegen. Google-Angebote wie die Kartendienste Maps und Earth sind seit Oktober des vergangenen Jahres zumindest teilweise wieder verfügbar. Ob sich dafür aber Google oder doch die chinesische Regierung ver-



Nicht nur die Chinesische Mauer schützt China vor Feinden. BILD: SN/HILLEBRAND

bogen hat, ist nicht bekannt. Techblogs vermuten, dass Google bereit sein soll, Server in China zu platzieren – und sich somit der lokalen Zensur unterwirft, um wieder in den Markt zurückkehren zu dürfen. In China haben die lokalen Varianten der US-Riesen deren Angebote

indes schon leicht vergessen lassen. Baidu ist die Google-Alternative, die Plattform Renren ersetzt Facebook.

Zu den aktuellen Gerüchten passen Aussagen von Google-Boss Eric Schmidt. „Wir würden sehr gern China dienen“, sagte der 60-Jährige Anfang November in Peking. Fak-

tisch sei man vor Ort ohnehin präsent. „Google hat China nie verlassen“, ergänzte Schmidt, meinte damit aber etwa die Kooperation von Google mit dem chinesischen Telekomriesen Huawei um die Produktion des Handys Nexus 6P.

Wenn man Chinas Internetnutzer auf die Zensur anspricht, reagieren sie entspannter, als man meinen könnte. „Ach, das spielt doch keine Rolle. Über VPN-Clients können wir dennoch jede Seite aufrufen“, sagt eine Chinesin. Die junge Handyverkäuferin verbindet sich über Dienste wie ExpressVPN oder SaferVPN mit einem sogenannten „Virtual Private Network“.

**„Wir würden China und seinem Volk sehr gern dienen.“**

Eric Schmidt, Google-Boss

Das Netzwerk simuliert, dass man sich in einem anderen Land aufhält – und ermöglicht somit Zugriffe auf Seiten wie Facebook oder YouTube. Doch das Surfen via VPN verstärkt ein anderes Problem chinesischer Onlinenutzer: Wer über seine Internetverbindung ein virtuelles Netzwerk legt, surft noch langsamer. Und die Verbindungen sind in China ohnehin nicht besonders schnell. Die Netzwerkpertin von Akamai (Cambridge) bescheinigen China eine durchschnittliche Internetgeschwindigkeit von 3,4 Megabit pro Sekunde. Zum Vergleich: In Österreich surft man mit 10,9 Megabit – also rund drei Mal schneller.

## KURZ GEMELDET

### Chinesisches Konsortium will Opera kaufen

**OSLO.** Der Internetbrowser Opera hat einen Marktanteil von drei Prozent. Dennoch will ein chinesisches Konsortium eine Milliarde Euro für das norwegische Internet- und Werbeunternehmen bieten. Firmenchef Sverre Munck sagte, es sei entscheidend, Partner zu finden. Nur so könne Opera an den Erfolg von Internetriesen wie Facebook oder Google anschließen. SN, Reuters

### Indien verbietet den Gratis-Internet-Service

**NEU DELHI.** Facebook darf seine Dienste in Indien nicht kostenlos anbieten. Behörden haben „Free Basics“ einen Riegel vorgeschoben. Es sollte neben einem Facebook-Zugang auch ausgewählte Bildungs-, Gesundheits- und Jobdienste anbieten. Facebook ist auf neue Internetnutzer aus Entwicklungs- und Schwellenländern angewiesen, um weiter schnell zu wachsen. SN, dpa

### Computer als Autofahrer grundsätzlich anerkannt

**WASHINGTON.** Die US-Verkehrssicherheitsbehörde hat festgestellt, dass Computer als Fahrer von Autos anerkannt werden können. Zugleich schränkte sie ein, dass das aktuelle Regelwerk eindeutig Menschen am Steuer und entsprechende Kontrollmechanismen wie Pedale voraussetze. Die Entscheidung wird als Meilenstein für die Einführung selbstfahrender Autos gesehen. SN, dpa

## Google weitet das „Recht auf Vergessenwerden“ in Europa aus

**MOUNTAIN VIEW.** Nach Druck von Behörden weitet Google das „Recht auf Vergessenwerden“ in Europa weiter aus. Demnächst sollen Suchergebnisse, die auf Wunsch eines Antragstellers in seinem Heimatland herausgefiltert werden, auch auf nicht europäischen Google-Websites fehlen. Bisher werden sie nur in lokalen Versionen der Suchmaschine in Europa wie google.at

oder google.de weggelassen. Nach der neuen Regelung wäre zum Beispiel auch google.com betroffen – allerdings nur beim Aufruf im Heimatland der Person, die auf einer Löschung eines Links besteht.

Der Europäische Gerichtshof hatte im Mai 2014 entschieden, dass Suchmaschinen Links aus ihren Ergebnisseiten löschen müssen, wenn sich Nutzer in ihren Persönlichkeitsrechten verletzt sehen. SN, APA

## Wer schützt die Kleinen vor den Großen?

Nicht nur Kinder und Jugendliche müssen den sicheren Umgang mit dem Internet lernen.

Cybermobbing ist böse, Gewaltvideos sind es auch, Hassbotschaften und rechtsextreme Onlineaktivitäten sowieso. Am vergangenen Dienstag war Safer Internet Day. Vor allem Jugendliche werden zu diesem Anlass auf die Gefahren des Internets hingewiesen.

Wer meist ungeschoren davonkommt, das sind die Erwachsenen. Doch auch ihnen täte die eine oder andere Lektion Safer Internet gut. Und weil sich Erwachsene ungern belehren lassen – die Schulzeit haben sie schließlich hinter sich –, sei ein ganz wichtiges Anliegen hier als Bitte vorgetragen:

Liebe Eltern und Großeltern. Ich verstehe ja, dass euch eure süßen Kinder und Enkelkinder beinahe um den Verstand bringen, weil ihr sie so knuddelig, intelligent und lustig findet – und wegen der durchwachten Nächte, dem Geschrei und den zahlreichen Streitereien natürlich auch. Aber eine Bitte hätte ich im Namen eurer Kinder: Stellt keine Fotos von ihnen ins Internet. Nicht auf Facebook, nicht auf Instagram und auch keine Videos auf YouTube. Warum nicht? Weil sich eure Kinder nicht wehren können.

Außerdem kann das, was ihr, liebe Eltern und Großeltern, süß oder lustig findet, schon bald für eure Kinder nur mehr peinlich sein. Im schlimmsten Fall kann es sogar zur Mobbingfalle werden. Das wollt ihr euren Kindern sicher nicht antun.

Mit Bildern von euch könnt ihr machen, was ihr wollt, ihr müsst mit den Konsequenzen leben. Und wenn es nur die eine ist, dass ihr sie nie wieder aus dem Internet gelöscht bekommt. Bilder von euren Kindern und Enkelkindern hingegen gehören ins Fotoalbum. Und wenn der kleine Wonneproppen in späteren Jahren dann meint, dass er oder sie ein Kinderfoto von sich im Internet sehen will, dann wird er oder sie es selbst online stellen. Das eine, wo er schielt wie ein Weltmeister. Oder das, wo sie ein albern Hütchen aufhat und völlig entgeistert dreinschaut, weil sie nicht weiß, was mit ihr geschieht.

Alles klar? Kein Kind würde auch nur eines dieser Bilder freiwillig ins Netz stellen. Warum tut ihr es?

THOMAS.HOFBAUER@SALZBURG.COM

## Französische Behörden gegen Facebook

**PARIS.** Gleich zwei französische Behörden nehmen jetzt Facebook ins Visier. Sie werfen dem IT-Riesen vor, beim Datensammeln über die Stränge zu schlagen. Vor allem, dass Facebook auch Daten von Internetnutzern sammle, die kein Konto bei Facebook hätten. Es wird aber auch kritisiert, dass das Unternehmen nicht das ausdrückliche Einverständnis seiner Nutzer einhole, wenn es Daten zu politischen und religiösen Einstellungen sowie zur sexuellen Orientierung erhebe. Wegen eines ähnlichen Vorwurfs liegt Facebook auch mit belgischen Datenschützern im Clinch. SN, dpa

**BITS & BITES**

Thomas Hofbauer

